

## Schweiz

# Halbherziger Schutz der Fische

Wer regelmässig angelt, braucht dafür neuerdings einen Sachkundenachweis. Tierschützer kritisieren allerdings das mangelnde Engagement von Bund und Kantonen beim Umsetzen der neuen Regeln. Dafür profitiere das Fischer-Magazin «Petri Heil».

Von Felix Maisie

Auch Fische sollen vor unnötigem Leiden geschützt werden. Für Hobbyfischer gibt es deshalb neuerdings Auflagen: Wer regelmässig angelt, muss seit dem 1. Januar 2009 eine Prüfung ablegen und den sogenannten Sachkundenachweis (SaNa) erbringen. Für die Umsetzung der neuen Bestimmungen wurde unter der Federführung der Bundesämter für Umwelt (Bafu) und für Veterinärwesen (BVET) ein «Netzwerk Anglerausbildung Schweiz» gegründet. In dessen Lenkungsausschuss sitzen das Bafu, das BVET, zwei kantonale Fischereiverwaltungen und der Schweizerische Fischerei-Verband.

Eine einheitliche Bundesregelung der Kurse und Prüfungen ist bis heute allerdings nicht zustande gekommen. Je nach Kanton gelten unterschiedliche Anforderungen. «Die Minimalvariante eines dreistündigen Kurses mit einer Multiple-Choice-Prüfung von 40 Fragen ist dabei sehr minimalistisch ausgefallen», sagt Rolf Schatz, grün-liberaler Gemeinderat in Langnau am Albis und einer von 15 offiziellen Fischerei-Instruktoren des Kantons Zürich. Schatz bildet seit zwölf Jahren selber Angler aus und setzt sich mit seiner Interessengemeinschaft «Dä Neu Fischer» für eine nachhaltige, ethisch-ökologisch ausgerichtete Fischerei ein. Bei ihm dauern Kurse denn auch doppelt so lang und kosten mit 45 Franken dreimal so viel wie der vom Bund vorgeschriebene Minimalkurs für 15 Franken.

### Geschäft mit Buch und Kursen

Schatz vermisst bei der Umsetzung der neuen Bestimmungen sowohl beim Bund als auch in vielen Kantonen ein echtes Engagement. «Die Interessen der Fische werden nicht aktiv verteidigt», kritisiert er. Die mit der neuen Aufgabe betrauten Ämter seien der Konfrontation mit den Fischern, die in ihrer Mehrheit keine Freude an den neuen Regeln hatten, wo immer möglich aus dem Weg gegangen. Dass man nur neue Angler der Prüfungspflicht unterstellt habe, sei bereits ein Kniefall vor der Fischerlobby gewesen. Doch dass im Lenkungsausschuss neben zögerlichen Beamten ausgerechnet frühere Gegner strengerer neuer Bestimmungen für deren Umsetzung sorgen sollten, habe endgültig dazu geführt, dass die Schutzinteressen der Fische unter die Räder gerieten. Tier- und

Naturschutzorganisationen, die sich an vorderster Front für den Fischschutz eingesetzt hatten, wurden genauso wenig einbezogen wie Schatz' Interessengemeinschaft «Dä Neu Fischer».

Dafür nutzte das Fischer-Magazin «Petri Heil», das regelmässig über Rekordfänge, aber weniger über tierschützerische Fragen berichtet, die günstige Gelegenheit: Seit Jahren mit dem Schweizerischen Fischerei-Verband eng verbunden, führt das Magazin bis heute das Sekretariat des Lenkungsausschusses und ist gleichzeitig Geschäftsstelle des «Netzwerks Anglerausbildung».

«Petri Heil»-Redaktor Hansjörg Dietiker ist deshalb auch im Lenkungsausschuss regelmässig dabei. Das erlaubte es seiner im Jahr-Verlag erscheinenden Zeitschrift auch, ein eigenes, schon seit Jahren angebotenes, freiwilliges Sportfischer-Brevet so anzupassen, dass es den Anforderungen des Bundes entspricht und zum Bezug des SaNa-Ausweises berechtigt. Damit nicht genug: «Petri Heil» angelte sich so gleichzeitig auch ein gutes Geschäft mit dem Verkauf eines eigenen, 59 Franken teuren Angler-Lehrbuchs, auf dem der angebotene Kurs und die Prüfung beruhen. «Der Verlag verdient sich so eine goldene Nase», schimpft Rolf Schatz.

### Neue Geschäftsstelle ab 2012

Die Art und Weise, wie der Schutz der Fische bei den Anglern durchgesetzt werde, stelle den verantwortlichen Behörden beim Bund ein schlechtes Zeugnis aus und sei keine gute Grundlage für die mit dem Vollzug beauftragten Beamten in den Kantonen, sagt Heinzpeter Studer von der Tierschutzorganisation Fair Fish.

«Petri Heil»-Redaktor und Geschäftsstellenleiter Hansjörg Dietiker war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Im Bafu weist Erich Staub, der das Amt im Lenkungsausschuss vertritt, die Vorwürfe zurück. Die Tierschutzanliegen seien im Lenkungsausschuss durch das BVET bestens vertreten. «Petri Heil» sei vom Fischerei-Verband ins Spiel gebracht worden. «In der Aufbauphase waren wir aus praktischen Gründen auf deren Infrastruktur im Bereich Buchhaltung und Adressenhaltung angewiesen. Dass «Petri Heil» zwei Hüte aufhatte, war uns aber immer ein Dorn im Auge. Ab dem 1. Januar 2012 gibt es deshalb eine neue, unabhängige Geschäftsstelle.»



Angler auf dem Pfäffikersee: Eine einheitliche Regelung der neuen Bestimmungen kam bisher nicht zustande. Foto: Keystone

## Aussenpolitische Kommission fordert: Calmy-Rey soll EU-Gutachten veröffentlichen

Der Bundesrat hält seine Expertisen zum bilateralen Weg unter Verschluss. Die zuständige Kommission des Nationalrats bittet nun schriftlich um Transparenz.

Von Fabian Renz, Bern

SP-Aussenministerin Micheline Calmy-Rey wird in den nächsten Tagen Post von Nationalrätin Christa Markwalder (FDP, BE) erhalten. Die Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission (APK) wird namens ihres Gremiums fordern, dass der Bundesrat zwei bisher geheim gehaltene Rechtsgutachten zur künftigen Europapolitik publik macht. Die beiden Berichte (der eine erstellt vom Völkerrechtler Daniel Thürer, der andere vom Bundesgericht) dienen dem Bundesrat unter anderem als Grundlage für die letztwöchige Klausurtagung, die der Europa-Thematik gewidmet war. Um die Verhandlungsstrategie der Schweiz nicht zu gefährden, beschloss der Bundesrat, die Texte der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Geht es nach der APK, wird die Geheimniskrämerei bald ein Ende haben: Laut Präsidentin Markwalder wurde der Entscheid, die Regierung zur Veröffentlichung der Gutachten aufzufordern, an der gestern zu Ende gegangenen APK-Sitzung mit klarem Mehr gefasst.

Kathy Riklin (CVP, ZH), die Verfasserin des entsprechenden Antrags, fühlt sich von den Fachleuten des Aussendepartements (Calmy-Rey selber war ges-

tern abwesend) ungenügend in Kenntnis gesetzt. Die anwesenden Mitarbeiter Calmy-Reys hätten auf Nachfrage hin über den Inhalt der Gutachten informiert - dabei allerdings kaum mehr gesagt, als schon in den Zeitungen zu lesen gewesen sei. Riklin bezweifelt zwar, dass die Lektüre der Originaltexte brisante Zusatzkenntnisse bringen werde. Doch geht es ihr und ihren Mitstreitern um Grundsätzliches: Die APK solle über die EU-Pläne des Bundesrats nicht schlechter dokumentiert sein als die via Indiskretionen bedienten Medien.

Tatsächlich zitierte die «Basler Zeitung» erst gestern wieder ausführlich aus dem von Daniel Thürer verfassten Gutachten. Thürer schlägt demnach drei Varianten für institutionelle Reformen vor. Diese sollen die EU, die auf automa-

tischer Übernahme ihrer Rechtsnormen durch die Schweiz pocht, milde stimmen und die Fortführung des bilateralen Wegs ermöglichen. Die erste Variante sieht vor, dass juristische Streitigkeiten zwischen der Schweiz und der EU künftig vom Efta-Gerichtshof in Luxemburg entschieden werden. Die Schweiz verlor damit freilich einen guten Teil ihrer Rechtshoheit an eine Institution des Europäischen Wirtschaftsraums. Bei Thürers zweitem, milderem Vorschlag würde die Überwachung der Bilateralen dem Schweizer Bundesgericht übertragen. Variante drei soll einen akzeptablen Mittelweg darstellen: die Schaffung eines neuen Gerichts in Brüssel oder der Schweiz, das über bilaterale Streitfragen «unabhängig und nicht weisungsgebunden» entscheiden würde.

### Unfall in Washington Parlamentarier wollen zusätzliche Auskünfte

Die Mitarbeiter von Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey mussten die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats an der gestern zu Ende gegangenen Sitzung auch über die sogenannte Hausangestellten-Affäre informieren. Ein Mitarbeiter der Schweizer Botschaft in Washington hatte im Oktober einen Verkehrsunfall verursacht, bei dem eine Frau getötet wurde. Wie sich später zeigte, war der Unfallfahrer einer der beiden Ex-Hausangestellten von Hannibal al-Ghadhafi, die 2008 in Genf den prägeln Diktatorssohn angezeigt hatten. Die Aussenpolitiker des Nationalrats wollten von Calmy-Reys Departement nun die Hintergründe des

Falls erfahren - etwa die Begründung für den heiklen Entscheid, die beiden Schutzbedürftigen ausgerechnet an so exponierter Stelle wie der Botschaft in Washington unterzubringen. Verschiedene Kommissionsmitglieder zeigten sich gestern höchst unbefriedigt über die spärlichen Informationen, die sie von Calmy-Reys Leuten (unter Auferlegung strengster Schweigepflicht) erhielten: Man wisse kaum mehr als zuvor. Die Affäre ist in jedem Fall noch nicht ad acta gelegt. Der Aargauer SVP-Nationalrat Luzi Stamm will in der kommenden Wintersession des Parlaments mit einer Interpellation detailliertere Auskünfte einfordern. (fre)

## Die Nationalbank wird ab 2013 bloss eine Milliarde ausschütten

Obwohl die Nationalbank wieder Gewinn macht: Bund und Kantone müssen sich künftig mit weniger Geld begnügen.

Von David Schaffner, Bern

Die gute Finanzlage der Schweizerischen Nationalbank (SNB) weckt Begehrlichkeiten: «Wenn ihre Zahlen am Ende des Jahres immer noch gut aussehen, muss sie 2012 dem Bund und den Kantonen einen Teil ihres Gewinns ausschütten», sagt der Walliser Regierungsrat Maurice Tornay, der die Konferenz der Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz präsidiert. In den letzten Wochen gingen die Stände davon aus, nächstes Jahr keine Gelder zu erhalten, da die SNB im Sommer einen Verlust von 10,8 Milliarden Franken ausgewiesen hatte. Am Montag gab nun die Nationalbank bekannt, in den ersten drei Quartalen 2011 dank positiven Kursentwicklungen einen Gewinn von 5,8 Milliarden erzielt zu haben.

In der deutschen Schweiz äussern sich die Finanzdirektoren etwas zurückhaltender: «Aktuell gehe ich nicht davon aus, dass wir von Zahlungen profitieren werden», meint Christian Wanner, Präsident der gesamtschweizerischen Finanzdirektorenkonferenz. «Macht die SNB allerdings bis Ende Dezember weitere Fortschritte, soll sich dies ändern.» Der Sprecher der Zürcher Finanzdirektorin Ursula Gut lässt ausrichten, dass der Kanton wie die meisten anderen

Stände im kommenden Jahr keine Zahlungen der SNB budgetiert hat. Da die Lage auf den Finanzmärkten derzeit volatil sei, würden die Resultate der SNB künftig wohl stark schwanken. Unter diesen Umständen erwarte man trotz des Gewinns keine Gelder für 2012.

Laut einer Umfrage der «Basler Zeitung» budgetieren 16 von 26 Kantonen keine SNB-Gelder fürs nächste Jahr. Gemäss einer Vereinbarung zwischen dem Bund und der SNB wäre die Bank indes bis 2017 verpflichtet, an Bund und Kantone jährlich 2,5 Milliarden auszuschütten.

### Kantone rutschen in rote Zahlen

Diese Vereinbarung haben der Bund und die SNB kürzlich überarbeitet, da wegen der Frankenstärke nicht zu erwarten ist, dass die Bank bald wieder einen derart hohen Betrag ausschütten kann. «Für die Jahre 2013 bis 2015 haben wir uns darauf geeinigt, dass die SNB an Bund und Stände noch insgesamt eine Milliarde Franken ausschüttet», erklärt Maurice Tornay. Offiziell ist das Verhandlungsergebnat noch nicht bekannt. Es soll im November vorgestellt werden.

Wanner betont, dass es wichtig sei, «dass die Ausschüttungen künftig stabil sind und die Kantone fest mit den Geldern rechnen können». 2012 werden zehn Kantone rote Zahlen schreiben, nur weil die SNB-Gelder wohl wegfallen - darunter ist Zürich. Bern müsste auch ohne Ausfall mit einem Defizit rechnen. Das budgetierte Minus von 156 Millionen droht sich nun zu verschärfen.